

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau an den Grossen Rat

Frauenfeld, 27. Oktober 2020
607

GRG Nr.	20	EA 17	51
---------	----	-------	----

Einfache Anfrage von Marco Rüegg vom 26. August 2020 „Wo steht die Elektromobilität in der Verwaltung?“

Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der im Mai 2018 veröffentlichte Grundlagenbericht „Chancen der Elektromobilität für den Kanton Thurgau“ enthält die Massnahme 12 „Elektrofahrzeuge in der Verwaltung und Ladestellen bei Amtsbauten“. Das übergeordnete Ziel ist die Erfüllung der Vorbildfunktion der kantonalen Verwaltung. Im Zuge des „Energiekonzepts Kanton Thurgau für die Periode 2020 bis 2030“ soll ein Mobilitätsmanagement eingeführt werden. Die Botschaft dazu wird gegenwärtig in einer Spezialkommission des Grossen Rats behandelt. Mit diesem Mobilitätsmanagement würde eine vollständige Übersicht über kantonale Fahrzeuge und eine zentrale Beschaffung möglich.

Frage 1

Auf der Grundlage einer Umfrage bei allen Departementen und einer früheren Erfassung des Amtes für Umwelt (AfU) per 31. Dezember 2019 ergibt sich in der kantonalen Verwaltung ein Bestand von derzeit 19 reinen Elektrofahrzeugen: Kantonspolizei 7, Tiefbauamt 3, Strassenverkehrsamt 2, Eichamt 2, Amt für Bevölkerungsschutz und Armee 1, AfU 1 und kantonale Schulen (Mittel- und Berufsfachschulen) 3. Bezogen auf die vom AfU erfassten 283 Fahrzeuge, liegt der Anteil somit bei 6.7 %. Dazu sind zahlreiche Fahrzeuge mit Plug-in-Hybrid- oder Hybridantrieb unterwegs.

Frage 2

Seit 2018 wurden folgende Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb neu angeschafft: Hyundai Kona E (4), Nissan E-NV200 (4), Nissan Leaf (3), Renault Kangoo ZE (1), Kia eNiro (1), BMW i3 (1).

Frage 3

Die Beschaffungsrichtlinie des Regierungsrates verpflichtet die Ämter, Fahrzeuge mit alternativen Antriebskonzepten wie Elektrofahrzeuge und Plug-in-Hybride in dieser Reihenfolge gegenüber rein fossil betriebenen Fahrzeugen zu bevorzugen. Für die Einhaltung der Richtlinie oder eine Abweichung davon ist jedes Amt selbst verantwortlich. Das kantonale Tiefbauamt beispielsweise arbeitet mit diversen fossil angetriebenen Fahrzeugen (8 Lastwagen, 32 Lieferwagen und Transporter), weil bei der Beschaffung noch keine elektrisch angetriebenen Alternativen existierten, die auch im Winterdienst eingesetzt werden und Anhänger ziehen können. Auch bei der Staatsanwaltschaft und der Kantonspolizei wurden teilweise Hybridfahrzeuge oder Fahrzeuge mit fossilem Antrieb beschafft, weil reine Elektrofahrzeuge die Anforderungen bezüglich Einsatzbereitschaft und technischer Ausrüstung nicht voll erfüllten (Nutzlast, Gepäckraumgrösse, Allradantrieb, Anhängerkupplung, permanente Einsatzbereitschaft im Tourendienst, Pikett am Wohnort). Das in der Vergangenheit teilweise genannte Kostenargument fällt mehr und mehr weg, während gleichzeitig generell die Akzeptanz von Elektrofahrzeugen steigt.

Frage 4

Die Installation von Ladestationen schreitet rasch voran. Unter der Koordination des Hochbauamtes sind bei kantonalen Amtsbauten drei Doppelladestationen in Betrieb und zwei weitere in Ausführung. Die kantonalen Schulen (Mittel- und Berufsfachschulen) verfügen über insgesamt dreizehn Ladestationen, acht davon in der Tiefgarage des Berufsbildungszentrums (BBZ) Weinfelden. Bei den neuen Räumlichkeiten der Gebäudevversicherung Thurgau bestehen vier Ladestationen; eine weitere befindet sich beim Ausbildungszentrum Galgenholz. Bezüglich Nutzung liegen noch keine detaillierten Angaben vor.

Für den Eigenbedarf verfügen das Strassenverkehrsamt und die Kantonspolizei über weitere Ladestationen. Ebenfalls für den Eigengebrauch sind in den vier kantonalen Werkhöfen Eschlikon, Frauenfeld, Kesswil und Sulgen acht Ladestationen (Wallboxes) installiert. Zudem ist ein mobiles Ladegerät (Juice Booster) im Einsatz.

Frage 5

Gemäss RRB Nr. 897 vom 6. November 2018 wird für die gesamte Verwaltung erneuerbarer Strom eingekauft. Zudem wird die Eigenversorgung mit Solarstrom von den kantonseigenen Dächern laufend ausgebaut, teilweise auch direkt zur Versorgung von Ladestationen. Ergänzend wird Solarstrom eingekauft, wodurch der von der kantonalen Verwaltung bezogene Strom ökologisch nochmals aufgewertet wird. Somit werden alle Ladestationen mit 100 % erneuerbarem Strom versorgt.

Frage 6

Eine eigentliche Roadmap besteht nicht. Die bereits zitierte Beschaffungsrichtlinie sieht vor, dass bei jedem Ersatz überprüft wird, ob Fahrzeuge mit CO₂-freiem Antrieb beschafft werden können. Ein weiterer Schritt kann die Einführung eines Mobilitätsmana-

gements sein. Die Fahrzeuge werden aber im üblichen Erneuerungszyklus und nicht vorzeitig ersetzt. Die Umstellung wird also einige Zeit benötigen, zumal teilweise auch Spezialfahrzeuge im Einsatz sind.

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Marco Rüegg
glp
Rebbergstrasse 31
8547 Gachnang

EINGANG GR 26. Aug. 2020		
GRG Nr.	20	EA-17 51

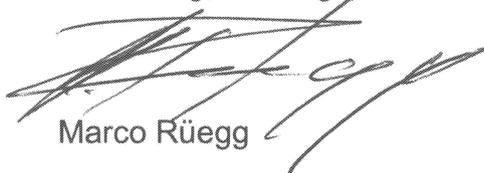
Einfache Anfrage **„Wo steht die Elektromobilität in der Verwaltung?“**

In seinem Bericht vom 22. Mai 2018 definierte der Regierungsrat Massnahmen, um den Umstieg auf nachhaltige Mobilitätsformen zu beschleunigen. Bei der Massnahme M12 soll die Verwaltung ihre Vorbildfunktion in diesem Bereich wahrnehmen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung von folgenden Fragen:

1. Wie gross ist der Anteil von Fahrzeugen mit reinem Elektroantrieb in der Verwaltung und in verwaltungsnahen Betrieben? Wo stehen sie im Einsatz?
2. Welche Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb wurden seit Mai 2018 angeschafft?
3. Falls seit Mai 2018 Fahrzeuge mit fossilem Antrieb angeschafft wurden: Was waren die ausschlaggebenden Gründe gegen Elektroantrieb?
4. Wie viele Ladestationen sind bei bestehenden Amtsbauten installiert und wie werden diese aktuell genutzt?
5. Wie wird die Versorgung der Elektrofahrzeuge mit Oekostrom sichergestellt?
6. Wie sieht der Regierungsrat die Roadmap für die Umstellung der Fahrzeugflotte auf CO2-freie Antriebe?

Gachnang, 26. August 2020



Marco Rüegg